

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

6.2.1874 (No. 31)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. Februar.

№ 31.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. Januar d. J. die auf den Geheimen Rath Professor Dr. von Windscheid gefallene Wahl zum Prorektor der Universität Heidelberg für das Studienjahr Oktan 1874 bis dahin 1875 gnädigst zu bestätigen geruht.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar l. J. gnädigst geruht, den Groß-Oberingenieur Joseph Strohmayer in Offenburg auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 15. Januar 1874 den Unterarzt Dr. Kapp vom 3. Babilchen Infanterie-Regiment Nr. 111 zum Assistenzarzt 2. Klasse zu befördern geruht.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Wien, 4. Febr. Der Meldung italienischer Blätter, daß der frühere österreichische Botschafter beim päpstl. Stuhl, Graf Trautmannsdorf, mit der Abfassung einer altmäthigen Geschichte des letzten Konzils beschäftigt sei, wird von kompetenter Seite widersprochen.

† Bern, 4. Febr. Die jurassischen Geistlichen haben beim Bundesrath gegen ihre vom Berner Regierungsrath verfügte Internirung in dem alten Theil des Kantons Bern protestirt. — Wie verlautet, soll die Volksabstimmung über die revidirte Bundesverfassung am 19. April stattfinden.

† London, 4. Febr. Nach Meldungen aus Capocastraße war General Wolsley am 19. Januar nur noch einen Tagemarsch von Cumassi entfernt und beabsichtigte für den 23. Jan. einen Angriff auf letztere. Der König der Aschantis hatte einen gefangenen deutschen Missionar als Friedensunterhändler abgejanzt.

Deutschland.

† Straßburg, 4. Febr. Das Ergebnis der Wahlen in Elsaß-Lothringen wird von den Ultramontanen mit sichtbarer Freude begrüßt. Die Franzosenfreunde selbst haben schon angefangen, zu betrachten, was nach den Wahlen kommen könnte, und die liberalen Elsäßer finden den Preis, um den der Sieg erkauft wurde, zu hoch und sehr bedenklich. Hr. Lauth veröffentlichte gestern (wie bereits mitgetheilt) ein Antwortschreiben an die Wahlmänner Straßburgs, worin sich dieselbe geäußert, als ob er und diese seine Wahlmänner allein auf der Welt wären. Er hat aber nicht einmal die Hälfte aller Wahlmänner darüber auf seiner Seite und hätte überhaupt höchstens 2000 Stimmen aufzuweisen, wenn ihm nicht die Ultramontanen unter die Arme gegriffen haben würden. Von den eingeborenen Straßburgern vor Allem wünschen Viele, daß der Reichstag dieser, aller Logik und politischen Vernunft widersprechenden Großthuererei ein schleuniges Ende mache. Aus dem Elsaß wird, wie man feststellt, der Reichstag sechs Schwarzköpfe und fünf Laienbrüder zählen, von denen zwei, Baron Schauenburg und Hartmann, als blinde Werkzeuge der Ultramontanen bekannt sind. Von den drei Werkzeugen, welche zu sehen glauben, steht Leutich (Zabern) der Verbindung mit den Ultramontanen am fernsten, Haefely am nächsten, Lauth zwischen beiden. Lothringen wird 3 rabbiat Franzosen nach Berlin schicken, ohne den Bischof, der nach Art seines Standes gewissermaßen unberechenbar bleibt. Demnach sind sieben von den fünfzehn Abgeordneten Elsaß-Lothringens kathol. Geistliche, die andern acht stehen in mehr oder minder deutlicher Beziehung und Abhängigkeit von den Selben, keiner aber frei von jeder Verbindlichkeit gegen die Ultramontanen. — Ueber die Abreise unserer „Erwählten“ nach Berlin scheint noch kein fester Beschluß gefaßt.

† Straßburg, 4. Febr. (Els. J.) Die Wahlergebnisse, die wir bis jetzt veröffentlicht, dürfen nicht alle als amtliche angesehen werden; die möglicherweise noch stattfindenden Aenderungen werden jedoch nichts am allgemeinen Resultat ändern. Wir kennen demnach schon heute das Verzeichniß der Abgeordneten von Elsaß-Lothringen geben.

Unterelßaß: Straßburg (Stadt) Graf Lauth, Straßburg (Land) v. Schauenburg, Zabern Leutich, Erstein-Molsheim Pfarrer Philipp, Haguenau-Weissenburg Hartmann, Schleithadt Bischof Röh, Oberelsaß: Kolmar Pfarrer Schulin, Mülhausen Häffely, Altkirch-Thann Abbé Winterer, Schweizer Abbé Gerber, Rappoltsweiler Pfarrer Simonis, Lothringen: Metz Bischof Dupont des Loges, Saargemünd-Forbach Pougnet, Diedenhofen Dr. Abel, Saarburg-Saarlouis Germain.

† Metz, 4. Febr. Die Wahlschlacht ist vorüber

und hat mit der Wahl des hiesigen Bischofs das vorausgehende Resultat gebracht. Ueber letzteres konnte in den jüngsten Tagen Niemand mehr im Zweifel sein, der wußte, welche enge Bündniß die dem freisinnigen Theil der Bevölkerung angehörigen Protestanten und die Ultramontanen geschlossen hatten. Erfreulich aber ist die in unserer Stadt erlangte immerhin ansehnliche Minorität des deutschen Kandidaten Henkel von Donnerstark, welcher über ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Vergleicht man die letztern mit der Zahl der hier befindlichen eingewanderten Deutschen, so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß eine nicht unbedeutende Anzahl der einheimischen Wähler sich den Reichsfreunden angeschlossen und sich gescheut haben, für einen Mann zu stimmen, der sein Mandat nur zur „Rettung“ der angeblich in Gefahr befindlichen Religion beizubringen will. Damit kann man vorläufig zufrieden sein; mehr verlangen wird für jetzt Niemand, der die hiesigen Verhältnisse kennt und weiß, wie die Bevölkerung von Stadt und Land politisch größtentheils noch ganz unmaßig und von jeder Gewöhnung ist, der Spielball irgend einer Partei — gegenwärtig der kirchlichen — zu sein.

† München, 4. Febr. Der von den höheren kirchlichen Kreisen in München inspirirte „Bayer. Kur.“ erklärt die Zeitungsnachricht, daß der König dem Erzbischof von München-Freising für dessen Wahl-Hinterbrief ein bankrott des Handschreibens habe zutommen lassen, für grundlos. Ein solches königl. Handschreiben existirt nicht.

† Darmstadt, 4. Febr. (N. Hess. Pr.) Die Erste Kammer stimmte mit allen gegen eine Stimme (Graf Hubach) für direkte Handbürgermeister-Wahl, ferner mit 15 gegen 12 Stimmen für Nichtkreuzung des 3. Absatzes von Art. 37 des Grundgesetzes. Alle Verwaltungsgesetze und Schulgesetze sind jetzt gesichert. — Alle vom Finanzaußschuß der Zweiten Kammer beantragten Gehaltsaufbesserungen von Beamten, Geistlichen, Wittwen und Wain-Neckerbahn-Angestellten genehmigte die Erste Kammer gleichfalls einstimmig.

† Aus Kurhessen, 4. Febr. Vom Kreisgericht in Rotenburg wurde Pfarrer Wolf aus Singlis wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Festung verurtheilt. Er hatte von der Kanzel herab gegen die Annerion von Kurhessen geizert und sich dabei geschwundener Aeußerungen bedient. Eine andere Anklage auf Majestätsbeleidigung gegen den Pfarrer Eighorn von Schmalnan, die gestern in Fulda zur Verhandlung kam, mußte unterbrochen werden, weil der Gerichtshof es für notwendig hielt, erst Gutachten von Sachverständigen über den Geisteszustand des Angeklagten einzuziehen. — Domkapitular Weber in Fulda, wegen Verletzung gegen die Wat-Gesetze in Untersuchung gezogen, ist gestern nun auch in zweiter Instanz vom Kreisgericht daselbst freigesprochen worden, nachdem die Staatsanwaltschaft gegen das erste freisprechende Urtheil des Amtsgerichts Berufung ergriffen. — Daß nicht alle Gemeinden mit dem muckrischen Treiben ihrer Geklichen einverstanden sind, beweist wieder die Gemeinde Böddiger, welche bei dem Kultusministerium dahin vorstellig geworden ist, an Stelle ihres abgesetzten renitenten Pfarrers Wegel den Pfarrer Ueber in Welfungen zu ernennen, „weil dessen Person für die Beobachtung der Gesetze u. vollständige Garantie biete.“

† Fulda, 1. Febr. Der „Germania“ wird von hier geschrieben: „Ich kann Ihnen die verbürgte Mitteilung machen, daß die von hiesigen Domkapitel aufgestellten Bischofs-Kandidaten sämmtlich als nicht genhm bezeichnet worden, das Domkapitel zur Aufstellung einer neuen Kandidatenliste aufgefordert worden ist, und daß der neu zu erwählende Bischof den durch Allerhöchste Verordnung vom 6. Dez. v. J. vorgeschriebenen Homagial-Eid leisten soll.“

† Berlin, 3. Febr. (Köln. Ztg.) Das Rundschreiben des Reichskanzlers an die deutschen Gesandtschaften bei den großen Höfen, von dem eine Londoner Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ vom 30. Jan. berichtet, wird in hiesigen anrichteten Kreisen nicht in Zweifel gezogen. Hiesige Blätter finden die Nachricht sehr alarmirend, und die Bismarck'sche Zirkulardepesche, in welcher die Möglichkeit eines neuen Krieges mit Frankreich besprochen wird, ist allerdings eine ernsthafte Sache. Inzwischen darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Depesche nicht zur Mittheilung an die Höfe, sondern nur zur Instruktion der Gesandten bestimmt war. Diese werden in der Richtung dieser Anweisung gesprochen haben, indeß ihre Sprache nach der Art der Höfe eingerichtet, mehr oder minder Wasser mit dem Weine des Reichskanzlers gemischt haben. Ferner will man wissen, daß das Urtheil nicht aus den allerletzten Tagen stammt, sondern bereits früher ausgesprochen ist, als jener Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über Frankreich, der so viel Aufsehen erregte. Und dieser Artikel fiel im Auslande um so mehr ins Gewicht, als die Höfe bereits von den Anhängern der deutschen Politik unterrichtet waren. Der Aufsatz des ministeriellen Blattes war eine Ausführung der

nämlichen Ideen, welche in der Zirkulardepesche niedergelegt sind. Frankreich kann keinen Frieden mit Deutschland wollen, wenn es sich mit den erbittertesten Feinden des Deutschen Reiches, mit den Ultramontanen, verbündet. Die Unterdrückung des „Univers“ und die Erklärungen des Herzogs von Decazes lassen annehmen, daß die französische Regierung Bedenken trägt, sich mit den Jesuiten zu verbinden. Uebrigens erkennt man aus verschiedenen Aufträgen des ministeriellen Blattes, daß die deutsche Regierung es für angemessen hält, die öffentliche Meinung, die sich über die deutschen Vorstellungen, um nicht zu sagen: Beschwerden, in Paris, Brüssel und Rom zu beunruhigen anfang, zu beschwichtigen.

† Berlin, 4. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute zunächst die erste Berathung des Bodum-Dollf'schen Antrags auf Einführung der Kreisordnung in Rheinland-Westphalen. Reg.-Komm. Perius stimmte der Ansicht Miquel's betreffs der Nothwendigkeit, zunächst die Gemeinde-Ordnung von Rheinland-Westphalen zu reformiren, bei und erinnerte an die Verheißung des Ministers des Innern, wonach im nächsten Jahre eine neue Gemeinde-Ordnung für Rheinland und eine Novelle zur bestehenden Gemeinde-Ordnung für Westphalen, sodann für beide eine Kreis-Ordnung vorgelegt werden solle. Der Antrag wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Der Antrag Schürer's auf Befestigung des Ehnversuchs der Geistlichen bei Ehescheidungen, welchen der Justizminister bekämpfte, wurde der Justizkommission überwiesen, der Antrag von Stah auf Stirkung der gegen den Abg. Pahlke angehängten Untersuchung genehmigt. Eine Anzahl Petitionen wurden nach den Kommissionsanträgen, die vorliegenden Wahlprüfungen nach den Abheilungsanträgen erledigt. — Morgen beginnt die Berathung der neuen Kirchengesetz-Vorlagen.

† Berlin, 4. Febr. Die Nachrichten über das Befinden des Kaisers und Königs lauten andauernd günstig. Besonders ist jetzt auch die bisherige Mattigkeit in den Füßen wesentlich im Schwinden. Seit einigen Tagen steigt Se. Maj. wieder die Treppen im Palais und bewegt sich auch in dessen oberen Räumen. Die rheumatischen Schmerzen haben vollständig nachgelassen.

Der russische Botschafter bei der französischen Regierung, Fürst Orloff, welcher vorgestern aus Paris hier eingetroffen und im russischen Botschaftshotel abgemeldet war, hat gestern Abend Berlin wieder verlassen, um seine Reise nach St. Petersburg fortzusetzen.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck vereinigte sich heute Mittag das Staatsministerium im Konferenzsaal des Auswärtigen Amtes zu einer Berathung. Als Gegenstände derselben werden mehrere Fragen bezeichnet, welche auf die Zeiteinteilung bei den neben einander sich bewegenden Verhandlungen des deutschen Reichstages und des preussischen Landtags, sowie auf die in Aussicht genommene Vertagung der Landtags-Session Bezug haben. — Einige Blätter melden neuerdings, es sei die Verlegung des Etatsjahres für Preußen und für das Deutsche Reich nunmehr beschlossene Sache. Solchen Behauptungen gegenüber wird hier aber mit aller Bestimmtheit versichert, daß in dieser Beziehung noch gar keine Entscheidung getroffen sei. Im weiteren hebt man unter Hinweis auf die angeblichen Rechnungsstermine hervor: so viel könne schon jetzt als feststehend gelten, daß auch bei einer etwaigen Aenderung des bisherigen Finanzjahres eine Verschiebung des Termins für dessen Anfang in Preußen und im Deutschen Reich nicht werde statuiert werden, weil dieselbe mit den größten Inkonvenienzen verbunden sein würde.

† Posen, 4. Febr. (Köln. Ztg.) Der Erzbischof Ledochowski ist gestern Nachmittag in Ostrowo eingetroffen und ins Kreisgerichts-Gefängniß abgeliefert worden. Auf allen Stationen waren militärische Vorkehrungen getroffen. In Ostrowo war von der Ankunft nichts bekannt. Der Erzbischof bewohnt zwei neu eingerichtete Zimmer. Unter den Polen hier herrscht große Bestürzung. Der Weibbischof Janiszewski ist mit der Funktion des Erzbischofs betraut. Das polnische Theater und polnische Festlichkeiten wurden eingestellt.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 3. Febr. (Köln. Ztg.) Die Tagespresse spricht von einer Beschwerde des Hrn. v. Schweinitz bei Anbassy über die Haltung der kirchlichen Organe, welche ablehnend beschieden wäre. Die Nachricht ist von Anfang bis Ende erfunden. Weder hat die Beschwerde- fähigkeit stattgefunden, noch lag Veranlassung dazu vor, noch wurde daher eine ablehnende Antwort ertheilt. — Offenbart wurde gegen Kaution einer Million, und der Mitangeklagte Biffer gegen eine Kaution von 40,000 fl. freigelassen.

Frankreich.

† Paris, 4. Febr. Die heute im „Journ. officiel“ veröffentlichten Personalveränderungen in den Ministrien treffen u. a. die Städte Bordeaux, St. Etienne, Nantes, Corbeil,

drei ohne Rest theilen, so ist die Anstellung eines weiteren Unterlehrers gestattet.

§ 42. Jeder Lehrer an einer Volksschule ist verpflichtet, wöchentlich bis zu 32 Lehrstunden zu übernehmen. Ueberschüssig hat er auf Verlangen der Gemeinde noch vier weitere Stunden wöchentlich Unterricht an der einfachen oder erweiterten Volksschule oder an der Fortbildungsschule zu erteilen. Für jede solche wöchentliche Stunde hat er für das Jahr in Schulorten erster und zweiter Klasse eine Vergütung von 30 Mark (17 fl. 30 kr.), in Schulorten dritter Klasse von 40 Mark (23 fl. 20 kr.), in Schulorten vierter Klasse von 50 Mark (29 fl. 10 kr.) und in Schulorten fünfter Klasse von 60 Mark (35 fl.) zu beanspruchen. Für jede Stunde Turnunterricht, welche ein Lehrer außerhalb der ihm obliegenden 32 wöchentlichen Unterrichtsstunden zu erteilen hat, ist derselben die Hälfte der so eben angegebenen Beträge zu vergüten. Ferner hat jeder Volksschullehrer die Verpflichtung, den Unterricht anderer Lehrer an Volksschulen derselben oder eines benachbarten Ortes in Fällen von Erkrankung, Beurlaubung oder Dienstverhinderung, bis in anderer Weise gesorgt ist, nach Kräften mitzuversuchen. Der Stellvertreter erhält, sofern die Ausbülfe länger als zwei Monate dauert, vom Ablauf dieser Zeit an, wenn er aber in einem benachbarten Orte zur Ausbülfe angestellt, sowie, wenn die Stellvertretung wegen Dienstverhinderung eines nicht mit dem Studienquartal (§ 88) befristeten Dienstes nötig geworden ist, für die ganze Zeit der Ausbülfe eine durch Verordnung zu bestimmende Vergütung, welche aber jedenfalls nicht mehr als der Gehalt eines Unterlehrers betragen soll. Derselbe wird, wenn die Ausbülfe wegen Erkrankung oder Beurlaubung eines Lehrers nötig wurde, aus dem allgemeinen Pensions- und Hilfsfonds, wenn sie durch Erlebigung einer Lehrerstelle veranlaßt ist, aus deren Einkommen geschöpft.

§ 46. Die Volksschulen werden hinsichtlich des gesetzlichen Dienstverhältnisses ihrer Lehrer nach der Verschiedenheit der Gemeinden in fünf Klassen eingetheilt. Zu der I. Klasse gehören die Schulen in Gemeinden, welche nicht mehr als 500 Einwohner zählen; zur II. Klasse jene in Gemeinden von 501 bis 1000 Einwohnern, zur III. Klasse jene in Gemeinden von 1001 bis 2500 Einwohnern; zur IV. Klasse jene in Gemeinden von 2501 bis 10,000 Einwohnern; zur V. Klasse jene in den mehr als 10,000 Einwohner zählenden Gemeinden. Nach Vernehmung der Gemeinde können die Lehrstellen eines Ortes je nach dem Preis der Lebensbedürfnisse und anderer örtlichen Verhältnisse auch bei geringerer Einwohnerzahl in die nachfolgende höhere, oder bei größerer Einwohnerzahl in die vorhergehende niedere Klasse gesetzt werden.

Berichtigung. In dem Bericht über die Sitzung der Ersten Kammer vom 31. v. M. in der Beilage zu Nr. 28 d. Bl. vom 3. Febr. ist Spalte 2 gegen Ende durch ein Versehen Febr. v. Rüdts als Redner aufgeführt. Es sollte heißen: Febr. v. Rüdts.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 5. Febr. Das Reichs-Gesetzblatt Nr. 4 enthält eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, wonach der Bundesrath auf Grund des Art. 13 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 beschloffen hat, daß österreichische und ungarische Ein- und Zwei-Gulden-Stücke, sowie niederländische Ein- und Zweihalb-Gulden-Stücke fortan in Zahlung weder gegeben, noch genommen werden dürfen.

Wir weisen das Publikum auf diese Bestimmung mit dem Bemerkten hin, daß nach erwähnitem Art. 13 des Münzgesetzes gewohnheitsmäßige oder gewerbsmäßige Zuwiderhandlungen gegen die vom Bundesrath getroffenen Anordnungen mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen geahndet werden.

Karlsruhe, 5. Febr. Aus Stuttgart gelangte die Nachricht hierher, daß der 20jährige ledige Kaufmann Wilhelm August Koll von hier sich gestern früh in den königl. Anlagen erschossen habe.

Seidelberg, 4. Febr. Die Lokalzeitungsredakteur zwischen Jakob Lindau und Art Fischer auf der einen und der national-liberalen Partei auf der anderen Seite ist zur Verhinderung der feindseligen Kräfte endlich entschlossen, nachdem sie in den letzten Tagen des Januar noch einmal so heftig emporant war, daß man alle Ursache zu der Verhinderung hatte, die Sache möchte chronisch werden. — Auch darüber ist in der Dittypresse die hin und her gestritten worden, ob die behauptete Bedrohung eines Schlierbacher Lehrers wegen seiner Unterstützung unter der Aufsicht des Reichs-Kreiswillig zur Last solle oder nicht. Es scheint, daß derlei allerdings, aber mit solcher Vorsicht auf unmittelbarem Wege geschehen ist, daß ein starker Beweis nicht geführt werden kann. — Der diplomatische Vertreter Brasiliens am Paderborger Hof ist hier erkrankt und liegt in einem Gasthause schwer darnieder. — Die Anschlüsse der Privatleitungen an den Hauptstrang der öffentlichen Quell-Wasserleitung sind jetzt so weit vollendet, daß vom 1. März an die ununterbrochene Funktion, und damit auch die Berechnung des Wasserverbrauchs beginnen kann. Weitere Privatleitungen werden von da ab nur dreimal im Jahre, und zwar im April, Juli und Oktober hergestellt, weil dabei jeweils ein Theil der Hauptleitung abgeleert, und so einer Menge von Bezugsberechtigten auf einige Zeit das Wasser entzogen werden muß, ein Nachtheil, dessen häufigerem Eintreten man eben dadurch begünstigt, daß die Herstellung neuer Anschlüsse, auf wenige bestimmte Wochen im Jahre beschränkt wird. — Mit dem Bau einer neuen Synagoge, welche in die Nähe der Dienstadt zu liegen kommen soll, wird es nun auch Ernst werden. — Die Anträge der jüdischen israelitischen Gemeindeleiter zu einer darauf bezüglichen Besprechung eingeladen. Da diese Einladung von Einzelnen ausging, so scheinen verschiedene Ansichten in den beteiligten Kreisen obzuwalten. — Vorgestern hielten unsere Sozial-Demokraten wieder eine Versammlung ab, um sich über die Fundamentalfälle ihres politischen Glaubensbekenntnisses zu besprechen. — Heute erkrankte Hr. Hofkapellmeister Ziela von Darmstadt sein hierher geschicktes als Urtel Acosta. Derselbe soll während dieser Saison noch mehrmals in Absonnerungsstellungen auftreten.

Vermischte Nachrichten.

Strasbourg, 4. Febr. Die Zunahme der hiesigen Bevölkerung im Monat Januar belief sich nach Abzug der Sterbefälle, Auswanderungen u. dergleichen auf 1041 Personen, darunter 105 Neugeburtene als Sterbefälle.

Als Elsas, 4. Febr. (Offiziell.) Im Wahlkreis Zabern wurde Leusch (franz.) mit 8850 St. gewählt. Der Fabrikant Eugen Ruch in Zabern (eläs.) erhielt 6378 St.

Speier, 4. Febr. nach längerem Magenleiden Dr. Lukas Jäger, geboren am 7. Dez. 1811 zu Hartmannsweiler bei Speier, der Gründer und langjährige Redakteur der „Pfälzer Zeitung“, von 1849 bis 1859 auch Abgeordneter zum bayrischen Landtag.

Der Erzbischof Ledochowski hat bei kraft seiner verschiedenen gerichtlichen Beurtheilungen dem Fiskus etwa 30,000 Tgr. Man hat berechnet, daß, wenn er diese ganze Schuld (nach dem Satz 100 Tgr. = 6 Wochen Gefängnis) abhaken müßte, dazu der respectable Zeitraum von 33 Jahren erforderlich wäre.

Nachricht.

Berlin, 4. Febr. Der Reichskanzler hat dem Bundesrath einen Nachtrag zu dem Reichs-Haushalts-Etat für das Jahr 1874 zugehen lassen. In dieser Vorlage wird zur Entschädigung von Eisenbahnen für die den Reichstags-Mitgliedern gewährte Freifahrt die Bewilligung von 14,000 Thalern beantragt.

Berlin, 4. Febr. Aus den 47 engern Wahlen zum Reichstage, deren Ergebnis jetzt vollständig vorliegt, sind hervorgegangen 6 Konservative; 2 Mitglieder der deutschen Reichspartei (davon Dr. Friedenthal bereits anderswo gewählt); ein früheres Mitglied der liberalen Reichspartei und 2 Abgeordnete (v. Adneritz und Schmidt-Hamburg), die von unbestimmter Parteistellung vorläufig hier einzuführen sind; 20 National-Liberale und 11 Mitglieder der Fortschrittspartei (davon Schulze-Delitzsch bereits anderswo gewählt), zusammen 42 Wahlen, die zu Gunsten der reichsfreundlichen Majorität ausgefallen sind. Die Parteien, aus denen sich die reichsfreundliche Minorität zusammensetzt, haben zusammen nur 5 Stimmen gewonnen, und zwar jede Partei je eine: Die Volkspartei Hr. Sonnemann, die Sozial-Demokraten der Berliner Obervogel Hr. Haselmann, die Sozial-Demokraten der Eisenacher Obervogel Hr. Dr. Joh. Jacoby, die Weissischen Partikularisten Hr. Professor Ewald, die Ultramontanen Hr. Domkapitular Mousang; die Polen sind leer ausgegangen.

Berlin, 5. Febr. Der Reichstag wurde im Weichen Saale des königlichen Schlosses um zwei Uhr eröffnet; etwa 150 Mitglieder waren anwesend; Bismarck mit den Bundesraths-Mitgliedern stand rechts von dem verhältnißlos Kaiserthron und verlas die Eröffnungsrede. Der Schlusspassus über die Friedensausichten wurde beifällig aufgenommen. Minister Jänske brachte ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser aus, worauf Bismarck die Session für eröffnet erklärte.

Limburg, 4. Febr. So eben ist Bischof Blum von der Anklage wegen Verfehlung gegen die Nat-Gesetze freigesprochen worden.

Wien, 4. Febr. Eine auf gestern angesagte Massendemonstration der Arbeiter Umzug durch die Straßen und Ueberreichung einer Petition an das Abgeordnetenhaus, hat nichts von sich hören lassen. Aber es sind neue aufrührerische Maueranschläge gefunden worden, diesmal — die früheren waren bloß geschriebe — gedruckt und zwar, nach dem Urtheil der Sachverständigen, in einer ansehnlichen Dosis tabellos gedruckt. — Die Generalin Gabletz hat gestern beim Kaiser Audienz gehabt.

Versailles, 4. Febr. Die Nationalversammlung setzte die Beratung über den Entwurf der neuen Steuern fort. Ein Gegenantrag auf Verringerung der Gewerbesteuer wird, nachdem der Handelsminister denselben bekämpft hat, mit 462 gegen 145 Stimmen verworfen.

London, 5. Febr. Bis jetzt sind 339 Wahlen vollzogen worden; darunter 181 konservative, 158 liberale. Die Konservativen haben bisher 43 und die Liberalen 19 Sitze gewonnen. Das Regierungsglied Forster wurde in Bradford gewählt.

Berlin, 5. Febr. Der Reichstag wurde durch den Fürsten Bismarck heute eröffnet. Die Thronrede konstatiert, daß die Regelung der Verhältnisse Deutschlands, wie sie durch dessen politische Neugestaltung erfordert wurde, durch den vorigen Reichstag beinahe vollständig zu Ende gebracht und die Gemeinsamkeit der Gesetzgebung fast ausnahmslos durchgeführt ist. Die Thronrede konstatiert ferner, daß die Reichsländer zum ersten Male in dem Reichstage verfassungsmäßig vertreten seien, und kündigt sodann die zu machenden Vorlagen an, vornehmlich das Militärgesetz, der Vorlagen betreffend die Regelung der Verhältnisse der Militärinvaliden, die Regelung der Kriegsteilnehmungen, Gesetzentwürfe über Verwaltung, Einnahmen und Ausgaben des Reiches, über die Einrichtung und Befugnisse des Rechnungshofes. Die Rechnungen über den Haushalt der Jahre 1867 bis 1870 werden dem Reichstag zur Entlastung vorgelegt. Der Preßgesetz-Entwurf soll die Ansprüche auf freie Meinungsäußerung mit den Anforderungen in Einklang bringen, welche das öffentliche Interesse mit nicht minderer Rechte gegen den Mißbrauch dieser Freiheit erhebt.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung bezweckt die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und soll zugleich gegen Nachtheile vorsehen, welche aus den rechtswidrigen Einwirkungen auf den freien Willen und den rechtswidrigen Druck geschlossener Verträge drohen. Schließlich wird eine Strandordnung angeklündigt. Die Einnahmen des letzten Jahres ergeben nach Abzug der in der letzten Session über den Etat bewilligten sehr erheblichen Summen noch einen namhaften Ueberschuß.

Betreffe der auswärtigen Beziehungen sagt die Thronrede: Sie berechtigen zu der Ueberzeugung, daß alle fremden Regierungen gleich der unsrigen entschlossen und bestrebt sind, der Welt die Wohlthaten des Friedens zu bewahren und sich durch keine auf Störung desselben gerichteten Parteibestrebungen in dieser Fürsorge und in gegenseitigem Vertrauen irre machen zu lassen. Die sich wiederholenden Begegnungen mächtiger, friedliebender Monarchen und die erfreulichen Beziehungen Deutschlands zu und durch geschichtliche Tradition befreundeten Völkern geben dem Kaiser jedenfalls das feste Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens, welches ich auszusprechen Allerhöchsten Auftrag habe.

Karlsruhe, 5. Febr. 8. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag, 7. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung des von Frhrn. Karl v. Gemminger erstatteten Berichts der Budgetkommission über a) das Budget des Großh. Staatsministeriums, b) einen Nachtrag zum Budget des Großh. Handelsministeriums für 1874 und 1875. 3) Erstattung und eventuell Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Besetzung des Präsidenten des Oberhofgerichts; Berichterstatter: Frhr. v. Rüdts. 4) Beratung des von Frhrn. v. Rüdts erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen für 1874 und 1875. 5) Beratung des von Malch erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1874 und 1875. 6) Erhaltung und eventuell Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Diäten und Reisekosten der Landtags-Abgeordneten; Berichterstatter: Dennig. 7) Beratung des Berichts des Geheimenraths Dr. Renaud über die auf Grund Allerhöchster Entschliebung vom 15. Jan. l. J. der Ersten Kammer zur Beratung und Beschlußfassung mitgetheilten Entschliebungen der Zweiten Kammer, betreffend die Revision der Staatsverfassung.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettdruckten Kurse sind vom 5. Febr., die übrigen vom 4. Febr.)

Table with columns for various securities and their prices, including items like 'Preuss. 4 1/2% Obligation', 'Baden 5% Obligationen', 'Bayern 4 1/2% Oblig.', etc.

Actien und Prioritäten.

Table listing various banks and their shares, including 'Badische Bank', 'Frankf. Bankverein', 'Deutsche Vereinsbank', 'Provincialbank', etc.

Table listing various loans and bonds, including 'Austrian Loans', 'Prussian Loans', 'Saxony Loans', etc.

Table listing exchange rates for gold and silver, including 'London 10 Pf. St.', 'Paris 100 Francs', 'Wien 100 fl.', etc.

Die Schlusskurse vom 5. sind bei Abschluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Berliner Börse, 5. Febr. Kredit 137 1/2, Staatsbahn 195 1/2, Lombarden 83, 82r Amerikaner —, 60er Loose —, Rumänien —, Galizier —, Tendenz: still.

Wiener Börse, 5. Febr. Kreditaktien 237, Staatsbahn —, Lombarden 159.50, Anglobank 156, —, Napoleonsbör 9.04.5, Tendenz: ziemlich fest.

New-York, 5. Febr. Gold (Schlusskurs) 111 1/2.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Koenlein.

